



Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung / Integrationsprojekte

Menschen mit Behinderungen haben das gleiche Recht auf Arbeit und insbesondere die Möglichkeit, in einem offenen, integrativen und zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld den Lebensunterhalt zu verdienen (Art. 27 der UN-Konvention).

Wie ist das heute in NRW?

Im Mai 2011 sind 46.082 Menschen mit Schwerbehinderungen arbeitslos. Die Arbeitslosenquote liegt deutlich über der Arbeitslosenquote der Menschen ohne Schwerbehinderung, nämlich ungefähr doppelt so hoch.

Noch viel schlimmer ist, dass im vergangenen Jahr in NRW rund 2.000 Menschen aus dem allgemeinen Arbeitsmarkt herausgenommen worden sind. Sie verdienen ihren Lebensunterhalt nicht mehr auf einem allgemein zugänglichen Arbeitsmarkt.

Für viele dieser Menschen könnten Arbeitsplätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt geschaffen werden. Trotz Wirtschaftskrise. Glauben Sie nicht? Stimmt aber!

Man muss sich aber darum kümmern.

Der Schlüssel dafür ist nicht das Persönliche Budget. Der Schlüssel ist ein systematisches Erschließen der Möglichkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

Vor allem aber ist richtig, dass wir in den nächsten Jahren einen noch größeren Schub gebrauchen.

Und ich sage Ihnen, es fehlt nicht das Geld. Es fehlen auch nicht die Ideen. Es fehlen auch nicht die Instrumente. Und ich bin zuversichtlich, es fehlt auch nicht der Wille!

Der politische Wille, das vorhandene Geld so zu konzentrieren, dass es mehr Plätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen gibt.

Die Förderung von Integrationsprojekten ist ein Schlüsselinstrument.

In den vergangenen drei Jahren ist in NRW die Zahl der Arbeitsplätze für Menschen aus der Zielgruppe, also für Menschen mit schweren Behinderungen, die zusätzlich besondere Vermittlungshemmnisse hatten, verdoppelt worden: Von 1.000 auf rund 2.050.

Sicher eine immer noch kleine Zahl

- bedenkt man, dass in einem Jahr rund 3.000 Menschen durch die von den Landschaftsverbänden finanzierten Integrationsfachdienste vermittelt werden,
- bedenkt man, dass in einem Jahr rund 2.000 Menschen neu in eine Werkstatt gegangen sind,
- bedenkt man, dass 46.000 Menschen mit Schwerbehinderungen arbeitslos sind.

Aber eine große Zahl, wenn man sich vorstellt, mit welchen Schwierigkeiten es verbunden ist, nicht nur ein Unternehmen zu gründen, sondern es auch noch für Menschen mit Behinderungen auszurichten.

NRW liegt mit über 160 Integrationsunternehmen, davon mehr als die Hälfte in Westfalen-Lippe (Bayern 88, 2009) bundesweit deutlich an der Spitze.

Stichwort: Geld.

Menschen mit Behinderungen, die in einer Werkstatt arbeiten, benötigen auf jeden Fall dauerhafte Unterstützung.

Diese dauerhafte Unterstützung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ist aber preisgünstiger als die dauerhafte Unterstützung in einer Werkstatt: Wir geben jährlich rund 14.000 Euro für einen Werkstattplatz aus, aber nur 6.000 Euro für einen Platz in einem Integrationsprojekt.

Aber die Unterstützung muss dauerhaft sein.

Dies gilt auch für Menschen mit schweren Behinderungen, die nicht oder noch nicht in einer Werkstatt beschäftigt werden.

In den letzten drei Jahren war dies politischer Konsens.

150 der über 1.000 neu geschaffenen Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen sind über § 16 e SGB II gefördert worden. Dieser „Minderleistungsausgleich“ kostet rund 1 Mio. € jährlich.

Fällt er zukünftig weg, so gefährdet dies die Zukunft der Arbeitsplätze für diesen Personenkreis.

Die Ausgleichsabgabe, die von den Integrationsämtern des LVR und des LWL verwaltet wird, ist nicht unendlich.

Wer mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen und besondere Unterstützung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt will,

wer die UN-Konvention ernst nimmt,

der muss mehr tun, als das Programm „Integration unternehmen“ der Landesregierung und der Landschaftsverbände fortsetzen!

Das auch! Nie waren wir so erfolgreich bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen für die Zielgruppe.

Aber es reicht nicht. Auch der dauerhafte Minderleistungsausgleich über die Instrumente des SGB II ist ein Elixier für das große politische Ziel.